



Bezahlbarer Wohnraum in Chur

SP fordert politische Vorgaben

Seit der äusserst knapp abgelehnten Initiative „Für mehr bezahlbaren Wohnraum“ hat sich der Anteil an gemeinnützigen Wohnungen in Chur fast halbiert. Trotz der zugespitzten Situation sieht der Stadtrat nur wenig Handlungsspielraum. Die SP-Fraktion fordert verbindliche politische Vorgaben und Anreize.

Vor rund acht Jahren, im Februar 2016, stimmte die Churer Bevölkerung über die Initiative «Für mehr bezahlbaren Wohnraum» ab. Die Initiative wurde damals mit 50,3 % Nein-Stimmen hauchdünn abgelehnt: nur 86 Stimmen gaben den Ausschlag.

Anteil gemeinnütziger Wohnungen massiv gesunken

Seither ist der Anteil gemeinnütziger Wohnungen dramatisch gesunken. Im Vorfeld der damaligen Abstimmung schätzte eine Studie der HTW aus dem Jahr 2013 den Anteil der Genossenschaftlichen Wohnungen in Chur auf 8,2%. Die aktuellen Zahlen des Bundesamtes für Wohnungswesen (per 31.12.2021) beziffern den Anteil Wohnungen des gemeinnützigen Wohnungsbaus in Chur nur noch auf 4,8%. Vor diesem Hintergrund hatte die SP-Fraktion eine Interpellation eingereicht. Sie wollte von der Stadtregierung erfahren, was der Stadtrat unternommen hat und ob er gewillt ist, zusätzliche Massnahmen zu treffen, um den Anteil an gemeinnützigen Wohnungen zu erhöhen.

Stadtrat sieht wenig Handlungsspielraum

„Die Fördermassnahmen und Einflussmöglichkeiten der Stadt sind gering“, so der Stadtrat in seiner Antwort auf die Interpellation. Das häufigste angewendete Instrument sei die vergünstigte Abgabe von Bauland im Baurecht, und für die Zukunft biete der neu zu entwickelnde Stadtteil Chur West grosses Potenzial, den Bestand an bezahlbarem Wohnraum zu erhöhen. „Es darf aber nicht ausser Acht gelassen werden, dass der Markt spielt und die Stadt auf Mietzinse im freien Wohnungsmarkt keinen Einfluss hat“, heisst es weiter.

Es braucht verbindliche Vorgaben

SP-Gemeinderat Vincenzo Cangemi zeigt sich nur teilweise befriedigt mit der Antwort des Stadtrates. „Die Stadt hätte sehr wohl weitere Möglichkeiten, welche sie in der anstehenden Revision der Grundordnung verankern könnte“, so Cangemi. „Beispielsweise einen Ausnützungsbonus als Anreiz, oder Zonen mit Anteilen für bezahlbaren Wohnraum.“ Für die SP-Fraktion ist klar: Es braucht verbindliche politische Vorgaben und Anreize. „Von alleine baut die Immobilienwirtschaft keine bezahlbaren Wohnungen“, so SP-Gemeinderätin Barbara Rimml. Das zeige die Entwicklung der letzten Jahre. „Die Politik ist gefordert.“ Die SP hat deshalb eine Arbeitsgruppe gegründet, welche Strategien und Massnahmen für bezahlbaren Wohnraum erarbeitet.

Weitere Geschäfte der Boden- und Wohnpolitik

An der Gemeinderatssitzung wurden zwei weitere Geschäfte der Boden- und Wohnpolitik beraten. Die SP ist zufrieden, dass die Wohnbaugenossenschaft der Stadt Chur (WSC) die Rechtsform der Genossenschaft behält und der Gemeinderat neu die Eignerstrategie genehmigen soll. Bei der Botschaft zum Weissbuch 2.0 zur städtischen Boden- und Liegenschaftenpolitik hatte die SP darauf hingewiesen, dass die Stadt das eigene Land unbedingt behalten und auf keinen Fall verkaufen soll.

-

Weitere Auskünfte:

- Barbara Rimml, Gemeinderätin: 079 203 17 72
- Vincenzo Cangemi, Gemeinderat: 079 232 33 76

